

Er erscheint täglich
mittels mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 P., halbjährlich 1.20 M.
Jahrespreis 2.40 M. Durch
die Post bezogen 1.60 M.

„Die Neue Welt“
(Wochenblatt) kostet
den Post bezogen 1.60 M.
monatlich 10 P., halbjährlich 20 P.

Volkswort

Sozialdemokratisches Organ
für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Bez.
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Inserationsgebühren
betragen für die gewöhnliche
Rechnung oder deren Raum
10 P. für Wohnungs-
Rezeits- und Berichtigungs-
anzeigen 10 P. je Zeile
Im rezeitsrechenlichen
folgt die Seite 60 P.

Gerichte für die halbe
Summe müssen spätestens
binnen 10 1/2 Uhr in der
Expedition abgegeben sein.

Eingetragen in die Post-
zeitungsbücher unter Nr. 100.

Halle a. S., Dienstag den 30. November 1897. 8. Jahrg.

Nr. 279.

997 Millionen Mark sollen ins Wasser geworfen werden!

In einer Extrausgabe hat der Reichsanzeiger am Sonnabend abend den Entwurf des Gesetzes über die deutsche Flottenvermehrung veröffentlicht. Auf sieben Jahre hinaus, bis 1904, soll dem Reichstage das volle Bewilligungsrecht über die Ausgaben für die Marine genommen werden durch Annahme des Marinepenalplans. Das Wort Septennat hat in Deutschland einen böshässlichen Klang; es ruft die Erinnerung wach an den schändlichen Schwindel, der vor zehn Jahren mit dem Worte als Wahlparole getrieben worden ist. Damals machte die Bismarcksche Schandpresse dem Volke weis, wenn nicht gleich für sieben Jahre (Septennat) die Ausgaben für das Landheer bewilligt und 42 000 neue Soldaten gemacht würden, dann brächen sofort die Franzosen ins Land und zögen dem Bauern die letzte Kuh aus dem Stalle, schändeten die Frauen und Töchter und saugten dem deutschen Volke den letzten Blutstropfen aus. Heute weiß jedes Kind, daß diese Voraussetzungen die nichtswürdigsten Lügen, der infamste Schwindel gewesen ist, um die Reichstagswähler ins Vordahorn zu jagen. Der Schwindel gelang leider. Es wurde eine septennatstüchtige Mehrheit gewählt.

Wohlgeliebt sind seit jener Zeit Abertausenden von Bauern die letzten Kühe aus dem Stalle gezogen worden, aber nicht von Franzosen, sondern von deutschen Gerichtsvollziehern. Wohlgeliebt sind in den zehn Jahren nach wie vor deutsche Frauen und Mädchen in Stadt und Land geschändet worden, aber nicht von Autos und Juaven, sondern von deutschen Ordnungswächtern und deutschen Ordnungsgewaltigen! Wohlgeliebt ist dem deutschen Volke seit Gelingen des abfälligen Septennatsschwindels ein Alter Blut nach dem andern abgezopft worden, aber nicht durch den „Erbsenb“ und seine Klotzen, sondern durch die feixens der Konserwativen und Nationalliberalen beschworenen und angenehmen neuen Steuererfolge.

Dem kaum saß die Septennatmehrheit im Reichstagsparlament, da ging das Bewilligen los! Dem Volke wurde eine Steuer um die andere aufgeschaltet, während Agrarier und Industrielle sich gegenseitig Beihilfen und „Schutzgelder“ in die Tasche bewilligten. Hunderte um Hunderte von Millionen sind auf diesem nicht recht ungewöhnlichen Wege den Staat- und Schuldnern zugeflossen worden. Das Deutsche Reich wurde mehr und mehr ein Reich der Reichen, in dem mit Hilfe des famolen indirekten Steuerstystems der Arme gehalten wird, die Hauptlasten zu tragen.

Jetzt soll ein neues „Septennat“ bewilligt werden, nicht für das Landheer, sondern für die Marine. Die Begründung für seine Notwendigkeit ist ebenso windig wie die vor zehn Jahren. Dem Reichstage soll das Budget-Bewilligungsrecht entzogen werden. Dem Volke wird durch die Presse vorgelogen, Deutschland bedürfte dieses Septennats, wenn nicht sein überreizter Handel geschwächt und die im Ausland wohnenden Deutschen gefährdet werden sollten.

Eine Lüge plumper als die andere! Sehen wir uns an, was bewilligt worden ist und was verlagert wird. Schon in den letzten Jahren ist der Marineetat ungeheuer gestiegen, und immer hat der Reichstag weit mehr als das unbedingt Notwendige bewilligt. Die Regierung hat also kein Recht, sich über den Reichstag zu beschweren. Daß er als Vertreter des Volkes natürlich nicht ins Wasser geworfen werden die Millionen ins Wasser schütten kann, ist nicht nur sein Recht sondern seine verordnete Pflicht. Aber unsere Marinepatronen können nicht genug bekommen, und deshalb soll das Septennat bewilligt werden, weil dann die Wasserferge völlig freie Hand haben. Es werden verlangt:

1897	41.2 Mill. M.	52.4 Mill. M.	52.4 Mill. M.
1898	51.4 Mill. M.	62.6 Mill. M.	62.6 Mill. M.
1899	55.5 Mill. M.	67.4 Mill. M.	67.4 Mill. M.
1900	64.6 Mill. M.	71.4 Mill. M.	71.4 Mill. M.
1901	64.3 Mill. M.	75.4 Mill. M.	75.4 Mill. M.
1902	62.4 Mill. M.	79.4 Mill. M.	79.4 Mill. M.
1903	68.5 Mill. M.	83.4 Mill. M.	83.4 Mill. M.
1904	68.6 Mill. M.	87.4 Mill. M.	87.4 Mill. M.

Durch die neue Vorlage wird bestimmt, daß, abgesehen von Torpedobooten, Schulschiffen, Spezialschiffen und Kanonenbooten verwendungsbereit sein sollen 17 Miniergeschiffe, 8 Rüstungsschiffe, 9 große und 26 kleine Kreuzer; als Materialerferge kommen dazu 2 Miniergeschiffe, 3 große und 4 kleine Kreuzer.

Der Reichsanzeiger sagt, diese Zahlen seien von den Regierungen als das mindeste, was gefordert werden müsse, anerkannt worden. Höhere Forderungen sind nicht ausgeschlossen!

Und dabei haben die Marineoffiziere noch die Sitze zu behaupten, diese Marinepläne seien nicht unserlos! Sie höhnen die Gegner der Vorlage und sagen, gerade durch diesen Gesetzentwurf würden ja die Grenzen der Forderungen genau festgelegt. Was diese Spitze sich doch dem Volke zu bieten getraut! Glauben sie denn, Michel sei noch so gutmütig wie vor zehn Jahren, wo er dem Bismarckschen Septennatsschwindel ins Vordahorn ging?

Zweifellos soll die Septennatsfrage wieder zur Wahlparole gemacht werden. Hoffentlich sorgt dann die Wählerchaft in ihrer übergroßen Mehrzahl dafür, daß den Wasserpatronen ein für allemal die Luft verweht, ihre Phantastereien auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu verwirklichen. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß das Gesetz über das Septennat hinaus dem Reichstage die Verpflichtung auferlegt, Ersatzgebühren zu bewilligen, so oft vom Kaiser ein Schiff von der Flotte getrennt wird. In wie starkem Maße das in den letzten Monaten geschehen ist, wie große Kriegsschiffe, die eben erst mit dem Aufbaue von Millionen pariert worden waren, in eine niedere Klasse rangiert wurden, ist bekannt. Dann kommen zu des schon geforderten Unsummen noch weitere Hunderte von Millionen.

Das deutsche Volk ist gewarnt! Mag es an das ungehörige Elend denken, das im Innern unseres Reiches zu stellen ist, ehe es tausend Millionen und mehr ins Meer wirft.

Verfassungsbruch durch österreichische Ordnungsbrüder.

Die Ständelassen im österreichischen Parlament haben sich zum Mittwoch vergangener Woche bis zum Sonnabend in immer verschärfterer Weise gehäuft. Ihre Berechtigung wird erst leizt, wenn man weiß, in wie unglücklich frecher Weise seitens des Baden Kabinetts die Rechte des Abgeordnetenhaus verletzt worden sind. Kein Tag ohne Gesetzesverletzung seitens des Präsidiums, kein Tag ohne Petitionsforderung der Widerrechtsparteien! Den verberberichten Reichstag wog e die Polenfrage in Verbindung mit dem Präsidenten Abrahamsowitsch am Donnerstag. Da brachte nämlich der Abkanzler von Währlich Ostrow, der Graf Falkenhayn, den Antrag auf Änderung der Verfassung in drei Punkten, die in der Hauptsache auf mehrere Tage auszuschließen, ihnen die Tageselder zu entziehen und Polizei ins Haus zu schießen. Obwohl nun die Befassung ausdrücklich vorgeschrieben, daß solche Veränderungen dieser Verfassung unterliegen müssen, obwohl auch der Reichstag und die Krone hätte an ihre Zustimmung getreten müssen, ehe die Veränderung gesetzlich Kraft erlangte, hat der Präsident mitten im höchsten Anstunde die Anträge vorgeschrien, so daß sie niemand richtig verstehen konnte und die meisten gar nicht wußten, um was es sich handelte. Die in das Verbrechen eingeweihten Wadenhorde stand nach Beratung der Anträge von ihren Plätzen zum Zeichen der Zustimmung auf, und der Präsident erklärte die Veränderung für angenommen und für ihn in Kraft getreten. Seine händliche Frechheit ging sogar so weit, daß er höflich die Abgeordneten der Linken, die bei der Abstimmungskundvie zufällig gefanden hatten, mitzählte, als hätten sie für die Anträge gestimmt.

Erst durch die Sozialdemokraten haben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten veranlaßt gefühlt zu ihrem schon geschilberten Vorgehen aus Freitage, und sie haben damit recht getan, so ebr auch im Interesse des Reiches das Parlamentarismus die Synen edauert werden müßten. Solchen gewissenlosen Ehemenn gegenüber, wie dem Abrahamsowitsch und seinen Kumpanen ist es anderes Verteidigungsmittel als das der Gewalt nicht übrig.

Das Vorgehen des Präsidenten und seiner Freunde hat denn auch in Wien, Prag, Graz und andern Städten die färlste Entrüstung hervorgerufen und zu großen Demonstrationen geführt. Studenten, Bürger, Arbeiter waren in der Vertretung des vollengeenen Staatsreichs und der Staatsbürger einig. In Graz wurde durch 2/3 Kompagnie Infanterie und 2 Jüge Kavallerie die Menge zerstreut. Viele Personen wurden verhaftet, ein Arbeiter wurde durch einen Schlag getötet. „Nieder mit dem Baden Regiment!“ „Nieder mit dem Kaiser!“ Eine Demonstration wurde an eine Laterne geführt, durchgebrannt und verbrannt.

Am Sonnabend wurde Abrahamsowitsch beim Betreten des Sitzungssaales mit Rufen wie „Buchhändler“, „Schuft“, „Staatsverderber“ u. s. w. empfangen. Abg. Berger, der „Dauerredner“, warf ein Eisenstuch nach ihm. Ihn furchtbare Säure erlöb sich; zum wenigsten alle Feinungen und andere Gegenstände wurden nach dem Präsidenten geworfen. Die Ministerstühle wurden auf die Flöhe gestellt. Als Abrahamsowitsch den Saal verließ, wurde sein Wegang mit

Beifall begrüßt. Dagegen küßten ihn einige Polen ab. Der ausgeschlossene Abg. Wolf betrat den Saal. Polizisten drangen ein; deutsche Abgeordnete verparien ihnen den Weg zu Wolf, der sich auch persönlich aus befristete zur Wehr setz, schließlich aber unter einer Bank hervorgezogen und hinausgeschleppt wird „wie ein Kalb“.

In Wien herrscht furchtbare Aufregung. Die von Polizisten in ihrem Lokale belagerten Studenten warfen mit Bierelben auf die Wachmannschaften. Ueber Wien und den Kaiser werden nicht wiederzugebende Urteile laut. Die nächste Sitzung des Parlamentis ist auf Dienstag anberaunt.

Der Kaiser will trotz allem, was vorgekommen ist, Baden halten. Das ist der feste Weg, auch in Osterreich das monarchische Gefühl völlig zu erlösen. So viel steht fest: An der Spitze der österreichischen Regierung stehen jetzt Berbercher; das Volk ist nicht willens, sich den Staatsstreich, den Verfassungsbruch, die Revolution von oben gefallen zu lassen. Niemand kann sagen, wohin die gegenwärtigen Zustände noch führen werden.

Sonntag nachmittag 2 Uhr hat der Kaiser die Demission des Gesamtkabinetts Baden angenommen.

Sobald die Nachricht sich mit Bittgeselle durch die Stadt verbreitet hatte, rief völlige Ruhe ein. Um 7 Uhr wurde auch der am Sonnabend verhaftete Abg. Wolf entlassen. Der Tag über war Wien in ungeheurer Aufregung. 50 000 Menschen waren auf dem Ring versammelt. Die Soldaten trugen mit blanker Waffe ein, so daß Bewohnern keine Ruhe, einem wurde der Scheitel gelassen. Die Unversität ist bis zum Mittwoch geschlossen geblieben. Auch in Prag und Graz rief die Nachricht vom Rücktritt Badens große Freude hervor, und die Straße in den Straßen lagste dem ersten ein. So hat der jüde Staatsstreich doch dem ersten Unwillen des Volkes weichen müssen.

Lagergeschicht.

Die erste Plenarsitzung des Reichstags wird am Dienstag um 2 Uhr stattfinden. Am Mittwoch erfolgt die anschließliche Wahl des Präsidiums.

Zur Vorbereitung über das Vereinsgesetz. Die Nationalabg. Korrespondenz teilt mit, daß die Regierung im Reichstagsparlament interpelliert werden solle, wie sie den Reichstagsbeschluß bezüglich der Aufhebung des Verbindungsverbots für inländische Vereine auszuführen gedenke.

Der Angriff auf das Budgetrecht des Reichstags stellt sich nach der neuen Entschliessung der Kordb. Abg. Hin, wonach in der Marinevorlage nicht bloß ein Septennat, sondern auch die Gesamtkräfte der Flotte festgelegt werden soll, als noch weitgehender heraus, als bisher angenommen worden ist. Wenn eine Gesamtkräfte der Flotte gesetzlich festgelegt ist, so ergibt sich daraus für den Reichstag die Notwendigkeit, nicht bloß den Flottenbestand auf die Höhe dieser Festsetzung zu bringen, sondern auch künftig entsprechend dieser Festsetzung zu erhalten. Es ist also damit über das Septennat hinaus eine Bindung des Budgetrechts des Reichstags für künftige Ertragbauten beabsichtigt. Wenn aber ein Ertragbau erforderlich wird, das entscheidet abssam der Kaiser persönlich als Oberkommandeur der Marine. Bekanntlich verfügt der Kaiser gegenwärtig, ob ein Schiff „aus der Schiffsliste getrennt“ wird nach dem geltenden Staatsrecht aus dieser Verfassung für den Reichstag keine Verpflichtung, den Bau eines entsprechenden neuen Schiffes zu bewilligen. Hinzu aber wurde angeführt der festgesetzte Gesamtkräfte diese Verpflichtung aus einer solchen Streichung bergeleitet werden. Der Kaiser persönlich hat auch bekanntlich als Oberkommandeur der Marine das Recht in Anrech genommen, Schiffe aus einer Schiffsliste in die andere zu verlegen. So sind bekanntlich erst im Dezember 1896 plötzlich drei große Panzerschiffe, welche für die heimliche Seeschlachtflotte gebaut waren und welche bisher zugelegt wurden, für Panzerkreuzer erklärt und dem bestehenden Staatsrecht nach keine Verpflichtung erwachsen, die bedanden in der Reihe der Panzerschiffe für die heimliche Seeschlachtflotte entfallenden Kosten durch Neubauten auszusüllen. Hinzu würde auch eine solche Verpflichtung des Reichstags aus der Verlegung von Schiffen aus einer Schiffsliste in die andere gefolgert werden. Welcher Zeit von Konstanten wird durch alles dies geschaffen?

Wenn der Freisinn die Macht hat! In Einmühen segeln im vorigen Jahre bei der Stadtwahlunternehmung unsere Genossen mit einem und in diesem Jahre mit beiden Kandidaten. Die liberalen und freisinnigen Mannesleuten der Stadtvertretung haben, Neubürger u. s. w. liberalen und freisinnigen folgenschwer den Wahlsieg erköhen und zwar von 6 Mt. auf 9 Mt. Vom Magistrat ist bereits ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt! — So bricht der Freisinn sein

